

Domgymnasium Verden

Seminarfach: Antike und Gegenwart

Herr Torsten Reißel

Die Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland im Spiegel von Ciceros *De re publica*

Christian Gerlin
Allerstraße 121
28876 Oyten

Christian.gerlin@domgymnasium-verden.de

Abgabe Datum: 28.5.2020

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	S. 1
2. Ciceros Verfassungstheorie	S. 1
2.1 Die Volksherrschaft	S. 1
2.2 Die Optimatenherrschaft	S. 2
2.3 Die Königsherrschafts	S. 2
2.4 Die Mischverfassung	S. 2
2.5 Ciceros Verfassungstheorie – Fazit	S. 3
3. Die Verfassungsorgane der BRD	S. 4
3.1 Der Bundestag	S. 4
3.1.1 Die Wahlfunktion	S. 4
3.1.2 Die Gesetzgebungsfunktion	S. 5
3.1.3 Die Artikulationsfunktion	S. 5
3.1.4 Die Präsentativfunktion	S. 5
3.1.5 Die Kontrollfunktion	S. 6
3.1.6 Der Bundestag – Fazit	S. 6
3.2 Der Bundesrat	S. 6
3.2.1 Der Bundesrat – Fazit	S. 7
3.3 Der Bundespräsident	S. 7
3.3.1 ein neutrales Amt	S. 8
3.3.2 Wahl	S. 8
3.3.3 Wirkungsmöglichkeiten und Aufgaben	S. 9
3.3.4 Der Bundespräsident – Fazit	S. 9
3.4 Die Bundesregierung	S. 9
3.4.1 Der Bundeskanzler	S. 10
3.4.2 Die Bundesminister	S. 10
3.4.2.1 Die Struktur	S. 11
3.4.2.2 verpflichtende Ministerien	S. 11
3.4.3 Fazit – Bundesregierung	S. 12
3.5 Das Bundesverfassungsgericht	S. 12
3.6 Fazit – BRD	S. 12
4. Einordnung der Verfassungsorgane in Ciceros Verfassungstheorie	S. 13
4.1 Die Volksherrschaft	S. 13
4.2 Die Optimatenherrschaft	S. 15
4.3 Die Königsherrschaft	S. 15
4.4 Die Mischverfassung – ein Fazit	S. 15
4.5 Fazit	S. 16

1. Einleitung

Marcus Tullius Cicero ist ein bis heute viel gelesener Philosoph, Anwalt und Politiker. Er betätigte sich dabei vor allem tagespolitisch. Doch in Zeiten in dem ihm das nicht Möglich war beschäftigte er sich theoretisch mit der Politik und dem Staatswesen als solches und verfasste einige Werke. Mit einem dieser Werke nämlich der „De re publica“ beschäftige ich mich in meiner Facharbeit. Das gängige Vorurteil gegen Werke aus der Antike ist, dass sie nicht mehr aktuell seien. Damit möchte ich in meiner Facharbeit aufräumen und das Gegenteil beweisen. Daher werde ich seine Bewertung und Einordnung auf die Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland anwenden. Das nützt sowohl dem besseren Verständnis Ciceros Verfassungstheorie als auch der Bundesrepublik Deutschland. Ich werde für diesen Vergleich zuerst die Verfassungstheorie Ciceros beschreiben und die unterschiedliche Verfassungsformen nach dem Kriterium des Vergleichs mit der BRD beschreiben, dass heißt, dass ich mich vor allem drum bemüht habe die wenigen von Cicero genannten Kriterien aus „De re publica“ raus zu lesen und zu sammeln. Doch damit dieses theoretische Verständnis Cicero auch verständlich angewendet werden kann beschreibe ich ihm Anschluss detailliert die Verfassungswirklichkeit der BRD, wobei ich mich dabei auf die Verfassungsnorm beziehe, wenn diese nicht von der Wirklichkeit abweicht. Im Anschluss zu dieser Quellen- und Grundlagenarbeit beginnt mein Vergleich, der dem aufmerksamen Leser besonders leicht verständlich sein wird, da dieser nur das bereits gelernte verknüpft also argumentativ die BRD in Ciceros Verfassungsschema einordnen. Welcher Verfassungsform lässt sich die BRD zuordnen?

2. Ciceros Verfassungstheorie

Marcus Tullius Cicero behandelt, in den ersten zwei Büchern von „De re publica“, drei unterschiedliche Verfassungsformen, die sich durch die unterschiedliche Verortung der Entscheidungsgewalt unterscheiden. Ziel ist die beste Verfassungsform für ein Gemeinwesen, welches Cicero rein rechtlich betrachtet¹ und was als Ansammlung von Menschen, die die gleichen Gesetze anerkennen, definiert wird², zu ermitteln. Diese Machtstrukturen sind die Volksherrschaft (civitas popularis), die Optimatenherrschaft (civitas optimatum) und Königsherrschaft (regnum).³⁴

¹ Ottmann, Geschichte des politischen Denkens (2002), S.100.

² Cicero, De re publica (2013), S. 55.

³ Ottmann, Geschichte des politischen Denkens (2002), S.103.

⁴ Cicero, De re publica (2013), S. 57.

2.1 Die Volksherrschaft

Die Volksherrschaft ist die Herrschaftsform mit den meisten Herrschenden. Alle Bürger eines Staates sollen mit über die Belange und Entscheidungen des Staates bestimmen.⁵ Marcus Tullius Cicero vergleicht diese Staatsform mit der athenischen Demokratie, in der „es keinen Bürger, der nicht aufgrund seiner Tüchtigkeit den Weg zu den höchsten Staatsämtern gehen könnte“ gibt. Jeder Bürger soll die Möglichkeit haben, an der Staatsführung teilzuhaben. Das reine Abstimmen und Befragen der Bürger ist noch nicht genug, um eine Verfassung als Volksherrschaft zu bezeichnen, da das entscheidende Kriterium der Teilhabe an den „staatlichen Beschlusskompetenzen“ nicht gegeben ist.⁶ Des Weiteren wird die Volksherrschaft als die freiheitlichste aller Herrschaftsformen dargestellt, da man als Bürger selbst über „Gesetz, Gericht, Krieg, Frieden, Bündnisse, Leib und Leben jedes Einzelnen und aller Hab und Gut“ verfügt.⁷

2.2 Die Optimatenherrschaft

Der nächste Schritt von der Herrschaft aller Bürger ist die Herrschaft einer bestimmten Gruppe. Genau das ist die Optimatenherrschaft. Diese Herrschaft ist nach den lat. „Optimates“ benannt, was so viel bedeutet wie „die Besten“. Marcus Tullius Cicero charakterisiert diese Herrschaftsform genau so. Die, die am besten und fähigsten im Bezug auf die Führung des Staates sind, entscheiden über den Staat.⁸ In dieser Verfassungsform ist keine direkte Beteiligung des Volkes vorgesehen.⁹ Cicero behandelt auch die Auswahl dieser Gruppe, dabei stellt er fest, dass die schlechteste Staatsform die ist, in der die Reichsten und Berühmtesten für die Besten gehalten werden.¹⁰

2.3 Die Königsherrschaft

Die Königsherrschaft ist die Herrschaftsform, in der ein einziger über die Belangen des Staates entscheidet.¹¹ Dieser hat allein die Macht über alles zu entscheiden.¹² Ciceros Idealbild eines Königs ist dabei ein sorgender und väterlicher, der sich behutsam und fürsorglich um seine Bürger kümmert.¹³

⁵ Cicero, De re publica (2013), S. 57.

⁶ Cicero, De re publica (2013), 63.

⁷ Cicero, De re publica (2013), 65.

⁸ Cicero, De re publica (2013), 57.

⁹ Cicero, De re publica (2013), S. 59.

¹⁰ Cicero, De re publica (2013), S. 69.

¹¹ Cicero, De re publica (2013), S. 57.

¹² Cicero, De re publica (2013), S. 59.

¹³ Cicero, De re publica (2013), S. 71-72.

2.4 Die Mischverfassung

Bei der Betrachtung der unterschiedlichen Verfassungsformen erkennt Cicero Vor- und Nachteile, die speziell für jede Form sind. Jede Form könne entarten und ist für sich instabil. Doch was ist laut Cicero die Alternative? Diese ist keine der vorher beschriebenen. Aber von wem kann der Staat noch geführt werden? Zum Teil von allen drei bereits beschriebenen Gruppen!¹⁴ Die beste Verfassungsform für Cicero ist keine reine Herrschaft durch das Volk, durch eine privilegierte Gruppe noch durch einen einzelnen König. Es sei eine in der das Beste von allen reinen Verfassungsformen vereint wird, die Mischverfassung. Dabei verkörpert die römische Republik für ihn dieses Idealbild.¹⁵ In einer Mischverfassung gibt es etwas „an der Spitze stehendes“¹⁶, was für Cicero die Königsherrschaft darstellt. Diese sieht er durch die Konsuln, in der römischen Republik, vertreten.¹⁷ Der Konsul ist ein gewähltes Amt und das höchste Amt in der römischen Republik. Es wird immer von zwei Männern über eine begrenzte Zeit ausgeführt.¹⁸

Die Optimatenherrschaft sieht Cicero in der aktiveren Rolle, der privilegierteren Bürger, der auctoritas. Um Cicero Verständnis, der Komponente der Optimatenherrschaft, in der Mischverfassung, besser zu verstehen, lohnt es sich nachzugehen für was auctoritas steht. Die auctoritas ist frei zu übersetzen mit „Würde, Ansehen und Einfluss“. Gemeint ist die Vorherrschaft von angesehenen Bürgern, die besonders gebildet - und ausgebildet - sind.

Zu guter Letzt gibt es noch einen Teil, der vom Volk entschieden wird. Die Volksherrschaft sieht Cicero in der römischen Republik durch „dem Volk vorbehaltenen Angelegenheiten“¹⁹, vertreten. Cicero hält als einer dieser Angelegenheiten explizit die Wahl der Ämter durch das Volk fest.²⁰ Diese Betonung darauf zeigt, dass Ciceros Mischverfassung – mit Komponenten von eigentlich geläufig nicht demokratischen Verfassungsformen - eine nach unserem Verständnis demokratische ist.

2.5 Ciceros Verfassungstheorie - Fazit

Cicero beschreibt erst unterschiedliche Verfassungsformen scharf getrennt von einander und so, dass die Besonderheiten, also das, was sie für ihn ausmachen, zum Vorschein kommen. Dabei beschreibt er weniger die jeweiligen reinen Verfassungsformen – alle Verfassungsformen außer die Mischverfassung sind

¹⁴ Cicero, De re publica (2013), S. 59.

¹⁵ Ottmann, Geschichte des politischen Denkens (2002), S. 103-104.

¹⁶ Cicero, De re publica (2013), S. 91.

¹⁷ Ottmann, Geschichte des politischen Denkens (2002), S. 103.

¹⁸ https://www2.klett.de/sixcms/media.php/8/427010_s108_109.pdf (20.5.2020)

¹⁹ Ottmann, Geschichte des politischen Denkens (2002), S. 103.

²⁰ Cicero, De re publica (2013), S. 63.

reine Formen - da bei ihnen die Herrschaft über den Staat nur eine genau definierte Herkunft haben. Die Mischverfassung vereint all diese in ein für Cicero bestes System.

3 Die Verfassungsorgane der BRD

Nun zur BRD. Was macht sie aus? Die BRD ist eine parlamentarische Demokratie mit fünf ständigen oberste Verfassungsorganen. Verfassungsorgane sind Einrichtungen der BRD. Jede dieser Einrichtungen hat eigene Kompetenzen und Zuständigkeiten, eine klare Hierarchie ist nicht vorhanden. Diese Organe sind: Der Bundestag, der Bundesrat, der Bundespräsident, die Bundesregierung und das Bundesverfassungsgericht.²¹ Der Grundsatz der BRD ist, dass „[alle] Staatsgewalt [...] vom Volke aus [geht]“. ²² Das bedeutet aber nicht, dass es immer einen direkten Einfluss gibt. Oft ist der Einfluss nur indirekt, da die Bürger ein Verfassungsorgan wählen und dieses wiederum andere wählt.

3.1 Der Bundestag

Der Bundestag ist das einzige Organ, was direkt vom Bürger auf Bundesebene gewählt wird. Diese Wahl findet alle vier Jahre statt. Gewählt wird über zwei Stimmen. Mit der erst Stimme werden Kandidaten der Parteien für den eigenen Wahlkreis gewählt, der Kandidat mit den meisten Stimmen pro Wahlkreis erhält ein Direktmandat und zieht als Abgeordneter in den Bundestag ein. Mit der Zweitstimme werden die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag entschieden. Relativ zu der Anzahl an Stimmen ziehen Kandidaten, der Parteien, auf der Landesliste in den Bundestag ein. Entscheidend ist, dass Parteien die wählbaren Kandidaten aufstellen. Diese erwählen intern die Zusammensetzung der Landeslisten und die direkt Kandidaten. Parteien müssen basisdemokratische Grundzüge aufweise, daher treffen die Mitglieder diese Entscheidungen, in der Regel aber nicht direkt sondern per, von der Parteibasis delegierte, Mitglieder der Partei. Nicht jeder kann einfach gewählt werden, es findet eine Auswahl statt. Von der Partei aufgestellt werden die, die die Partei für am besten geeignet halten oder mit denen sie sich erhoffen, dass sie die meisten Wählerstimmen erhalten.

Es ist das Parlament der BRD, damit Teil der Legislativen - der gesetzgebenden Gewalt – in der BRD. Der Bundestag hat fünf Funktionen: Die Wahlfunktion, die Gesetzgebungsfunktion, die Artikulationsfunktion, die Präsentationsfunktion und die Kontrollfunktion.

²¹ <https://m.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-in-einfacher-sprache/250071/verfassungsorgane> (22.5.2020)

3.1.1 Die Wahlfunktion

Der Bundestag wählt die Bundesregierung. Dabei wird der Bundeskanzler direkt vom Bundestag gewählt, dieser schlägt dann ein Kabinett vor. Der Bundestag kann lediglich dem Vorschlag zustimmen oder ihn ablehnen aber keinen eigenen Vorschlag stellen. Außerdem stellt der Bundestag die Hälfte der Abgeordneten der Bundesversammlung, welches ein nicht ständiges Verfassungsorgan der BRD ist. Diese wählt den Bundespräsidenten.

Das letzte, ständige und von den Abgeordneten des Bundestages gewählte, Organ ist das Bundesverfassungsgericht. Der Bundestag entscheidet über die Hälfte der Richter des Bundesverfassungsgerichtes, die andere Hälfte wird vom Bundesrat gewählt.

3.1.2 Die Gesetzgebungsfunktion

Als parlamentarische Demokratie ist das Parlament der BRD das Organ, welches über Gesetze abstimmt und diese erarbeitet. Gesetzesvorschläge können auch von der Bundesregierung oder dem Bundesrat kommen aber jedes Gesetz, welches für die gesamte BRD gilt, muss durch den Bundestag gehen. Die Mehrheit des Bundestages muss für ein Gesetz stimmen, damit es gültig wird. Bei zustimmungspflichtigen Gesetzen muss zusätzlich der Bundesrat zustimmen.

3.1.3 Die Artikulationsfunktion

Die Abgeordneten des Bundestages werden von den wahlberechtigten Bürgern gewählt, die bestimmte Interessen haben und diese auch mit ihrer Wahl zum Ausdruck bringen wollten. Im Bundestag soll daher die Forderungen und die Meinung des Wählers, aber auch die Meinung und Forderungen von Interessensgruppen, ausgedrückt werden. Doch die vielen unterschiedlichen Interessen sind schwer zusammenzufassen. Daher ist die Aufgabe des Bundestages nicht die reine Wiedergabe, sondern auch die Zusammenfassung und Aufarbeitung der unterschiedlichen Positionen. Das Ziel ist es dabei die Meinungen und Forderungen so zu Artikulieren, dass sie in politischen Auseinandersetzungen und Entscheidungen wahrgenommen werden.

3.1.4 Die Präsentativfunktion

Mit den politischen Auseinandersetzungen sind wir auch schon bei der Präsentativfunktion. Der Bundestag soll eine Plattform bieten um gegenwärtige Auseinandersetzungen aufzuzeigen. Dem Bürger soll die Bildung einer eigenen Meinung erleichtert werden, daher wird diese Funktion auch die

Meinungsbildungsfunktion genannt. Dadurch, dass unterschiedlichste Meinungen im Bundestag vertreten sind und auch artikuliert werden, bietet das Parlament eine gute Bühne, nicht nur für die Positionen sondern auch für Argumente, die auch für Menschen, die nicht zu der ausgewählten Gruppe an Mitgliedern des Bundestages gehören, gedacht sind.

3.1.5 Die Kontrollfunktion

Der Bundestag hat viele Instrumente der Kontrolle, dabei kontrolliert der Bundestag in erster Linie die Bundesregierung. Mit der kleinen und großen Anfrage haben die Abgeordneten und Fraktionen, eine Fraktion bilden die Abgeordneten einer Partei im Bundestag, die Möglichkeit einzelne Ministerien der Bundesregierung oder gleich die ganze Bundesregierung zu Sachverhalten zu befragen und in das Parlament zu zitieren. Zu dem gibt es, nach Sitzungen der Bundesregierung Fragestunden im Bundestag und die sogenannte „aktuelle Stunde“ bietet die Möglichkeit im Bundestag Kritik über die Regierung zu äußern und zu debattieren. Bei schwerwiegenden Problematiken können außerdem Untersuchungsausschüsse berufen werden und, als letzten Schritt, kann das konstruktive Misstrauensvotum durchgeführt werden, also der aktuelle Bundeskanzler abgelöst und einen neuer gewählt werden.²³

3.1.6 Bundestag – Fazit

Der Bundestag ist das einzige Organ, welches direkt vom Volk auf Bundesebene gewählt wird. Das spiegelt sich auch in seinen Funktionen wieder. Der Bundestag ist ein Element, in der Kontrolle der Verfassungsorgane und Repräsentation der Bürger der BRD.

3.2 Der Bundesrat

Der Bundesrat ist ein Ausdruck davon, dass die BRD ein föderaler Staat ist, also ein Staat der aus mehreren Ländern, mit eigenen Kompetenzen, besteht. Er dient der Artikulation der Interessen der Länder. In ihm sind die Gesandten der Landesregierungen in der BRD. Das ist auch schon ein großer Unterschied zum Bundestag, die Mitglieder des Bundesrats sind keine Abgeordneten, sondern nur entsandte von den Länder, die auch, mit jeder neuen Landesregierung wechseln und ständig wechseln können. Außerdem gilt per Verfassungsnorm die Pflicht für die entsandten im Bundesrat, parteipolitisch neutral zu handeln, um eben nur die

²³ https://www.bundestag.de/services/glossar/glossar/K/kont_funk-245486 (22.5.2020)

Interessen der Ländern zu vertreten. In der Verfassungswirklichkeit ist das aber nicht immer der Fall.²⁴

Die Aufgaben des Bundesrates spiegeln sich in seinem föderalistischen Charakter wieder, daher unterscheiden sich die Einbeziehung des Bundesrates je nach dem jeweiligen Gesetz. Der Bundesrat hat Einfluss auf den Bundestag. Über jedes Gesetz im Bundestag wird auch im Bundesrat abgestimmt. Außerdem repräsentiert der Bundesrat die BRD auch in der Europäischen Union und hat sogar entscheidenden Einfluss auf den Ratspräsidenten, der Europäischen Union. Bei einfachen Gesetzen, kann der Bundesrat lediglich dagegen Stimmen und einen Vermittlungsausschuss zwischen dem Bundestag und Bundesrat berufen, aber nicht verhindern, dass das jeweilige Gesetz verabschiedet wird.

Doch bei den zustimmungspflichtigen Gesetzen ist das anders. Dabei sind Gesetze zustimmungspflichtige Gesetze, wenn bestimmte Kriterien erfüllt sind. Diese Kriterien sind vor allem, ob das jeweilige Gesetz in die Finanzierung oder Arbeit der Länder eingreift, da ist der Sinn des Bundesrates, dass die Interessen der Länder gehört werden, aber auch z.B. Gesetze gegen die Bekämpfung von internationalem Terrorismus gehören dazu, der Zweck in diesem Beispiel ist, dass der Bundesrat eine weitere Hürde darstellt, bevor zur Terrorismusverteidigung Bürgerfreiheiten eingeschränkt werden. Bei zustimmungspflichtigen Gesetzen kann der Bundesrat mit einer einfachen Mehrheit das Gesetz ablehnen.

Da das Verhältnis der Parteien in den Landesregierungen nicht immer die gleiche Mehrheiten abbildet, wie die regierende Mehrheit im Bundestag, bildet der Bundesrat eine weitere Hürde für die amtierende Bundesregierung. Mehrheiten müssen bei Zustimmungsgesetzen noch ein weiteres Mal gefunden werden.

3.2.1 Der Bundesrat - Fazit

Der Bundesrat vertritt vor allem die Interesse der Länder auf der Bundesebene, dabei soll das parteipolitisch neutral geschehen, was aber nicht immer der Fall ist. Dabei hat er bei einfachen Gesetzen die Möglichkeit, seine Position dem Bundestag zu kommunizieren. Bei zustimmungspflichtigen Gesetzen kann der Bundesrat Gesetze sogar komplett abweisen und verhindern, dass sie in Kraft treten. Außerdem nimmt der Bundesrat Verwaltungstätigkeiten des Bundes wahr und ist ein Bindeglied, zwischen den Ländern und der europäischen Union. Dabei sind die Mitglieder des Bundesrates eine bestimmte Gruppe, die von den Parteien in den Landesregierungen ausgewählt wird.

²⁴ <https://www.tagesschau.de/inland/gruene-bundesrat-101.html> (24.05.2020)

3.3 Der Bundespräsident

Der Bundespräsident ist das Staatsoberhaupt der BRD. Er lässt sich nicht eindeutig einer Gewalt zuordnen, sondern verkörpert „die Einheit des Staates“²⁵, gemeint ist damit, dass der Bundespräsident eine übergeordnete Funktion hat. Diese Verkörperung der „Einheit des Staates“, wird besonders bei der wichtigen Aufgabe des Bundespräsidenten, nämlich die Vertretung der BRD in völkerrechtlichen Fragen, deutlich.

Der Bundespräsident wird auf 5 Jahre von der Bundesversammlung, welches ein nicht ständiges Verfassungsorgan der BRD ist, gewählt. Der Bundespräsident muss mindestens 40 Jahre alt sein.

3.3.1 ein neutrales Amt

Der Bundespräsident, darf keine besoldeten Ämter ausüben, beruflich Tätig sein oder ein gewerbliches Unternehmen leiten. Außerdem darf er keiner Gesetzgebung angehören, sowohl auf Bundes als auch Landesebene. Diese Verfassungsnormen führen dazu, dass der Bundespräsident als neutrales Amt bezeichnet werden kann ²⁶ . Außerdem wurde, ohne dass es eine verfassungsmäßige Vorgabe gibt, von allen bisherigen Bundespräsidenten, sofern sie den eine Parteimitgliedschaften besaßen, diese ruhen gelassen. An diesem Punkt zeigt sich schon die Problematik auf. Der Bundespräsident soll ein Staatsoberhaupt sein, dass alle Bundesbürger repräsentiert und sich aus dem tagespolitischen Geschäft raushält und nicht an einer Regierung beteiligt ist, doch die bisherigen Bundespräsidenten waren alle, mit Ausnahme von Joachim Gauck, Mitglieder einer Partei²⁷, was doch eine gewisse Verbundenheit, zu einzelnen gesetzgebenden Fraktionen, ausdrückt. Aber solange der Bundespräsident kein Abgeordneter ist, ist diese Verfassungsnorm nicht verletzt.

3.3.2 Wahl

Der Bundespräsident wird von der Bundesvollversammlung gewählt. Die Bundesvollversammlung besteht aus den Abgeordneten des Bundestages und, einer gleichen Anzahl, der in den Landtagen gewählten Vertretern. Das legitimiert den Bundespräsidenten breit, da nicht nur die Stimme des Bürgers auf

²⁵

https://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/es20140610_2bve000209.html
(24.5.2020)

²⁶ Umbach, Grundgesetz(2002), S. 308-309.

²⁷ <https://m.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/69088/deutsche-bundespraesidenten>
(24.5.2020)

Bundesebene, sondern auch in dem jeweiligen Land durch die auf diesen Ebenen gewählten Abgeordneten, einfließt.

3.3.3 Wirkmöglichkeiten und Aufgaben

Der Bundespräsident hat eine Vielzahl an Aufgaben und möglichen Tätigkeiten, dessen Ausführung ihm freistehen. Neben der bereits erwähnten, völkerrechtlichen Vertretung, schließt der Bundespräsident auch Staatsverträge ab. Außerdem muss er bei vielen Handlungen auf der Bundesebene, zustimmen. Darunter liegt die Ernennung und Entlassung von Bundeskanzlern, Ministern, Bundesrichtern, Offizieren und Bundesbeamten. Diese Ernennung geschieht aber erst, nach der Wahl des jeweiligen Amtes. Ähnlich wie bei der Ernennung des Amtes, wo der Bundespräsident die Gesetze unterschreibt, ist das vor allem eine absegnende Aufgabe, ohne das der Bundespräsident nach eigener Willkür die jeweiligen Gesetze ablehnt. Dazu kommt bei den Gesetzen aber noch die Prüfung, ob das jeweilige Gesetz dem Grundgesetz entspricht. Bei Bedenken unterschreibt der Bundespräsident das jeweilige Gesetz nicht. Außerdem kann der Bundespräsident den Bundestag, bei einer gescheiterten Vertrauensfrage, das ist eine Abstimmung in der der Bundeskanzler überprüfen kann, ob er eine Mehrheit hinter sich hat, auflösen und so die Neuwahlen verursachen, wenn kein neuer Bundeskanzler vom Bundestag gewählt wird. Als letzte formale Aufgabe hat der Bundespräsident die Kompetenz, von einem Bundesgericht verurteilte Straftäter zu begnadigen.

Aber der Bundespräsident hat nicht nur formale Aufgaben, sondern auch eine öffentliche Funktion, die sich zum Beispiel in vom Bundespräsident gehalten oder geführten Reden, Interviews und Gesprächen wahrgenommen werden kann. Der Bundespräsident kann Diskurse starten, Themen aufgreifen und vorhandene Streitthemen behandeln. Ein gutes Beispiel dafür ist, der aktuelle Gastbeitrag von Frank-Walter Steinmeier in der Süddeutschen Zeitung.²⁸

3.3.4 Der Bundespräsident – Fazit

Der Bundespräsident ist das Staatsoberhaupt der BRD. Er vertritt die BRD und spielt eine übergeordnete Rolle bei wichtigen Prozessen in der BRD. Er kann öffentlichkeitswirksam seine Akzente setzen. Dabei verfügt er alleine über seine Amtstätigkeiten und hat einen großen Freiraum dabei.

3.4 Die Bundesregierung

²⁸ <https://www.sueddeutsche.de/politik/steinmeier-corona-pandemie-grundrechte-grundgesetz-verfassung-1.4914807> (24.5.2020)

Die Bundesregierung besteht aus dem Bundeskanzler und den Bundesministern. Zusammen bilden sie das Kabinett. Sie sind die Exekutive in der BRD. Sie entwickeln die meisten Gesetzesentwürfe im Bundestag ²⁹. Nach der Bundestagswahl werden Kanzlerkandidaten vom Bundespräsident aufgestellt, wenn einer dieser Kandidaten eine einfache Mehrheit (vom Bundestag) bekommt, gilt dieser als gewählt. Der Bundeskanzler stellt dann die Ministerpräsidenten zur Wahl, diese müssen auch von einer einfachen Mehrheit im Bundestag gewählt werden, um ins Amt zu kommen. Eine Bundesregierung regiert für eine Legislaturperiode, also 4 Jahre lang, oder bis zum konstruktiven Misstrauensvotum oder bis zur Auflösung des Bundestages.

3.4.1 Der Bundeskanzler

Der Bundeskanzler ist der Regierungschef in der BRD. Damit hat der Bundeskanzler auch die Regierungsverantwortung vorm Bundestag. Ausdruck davon ist die Möglichkeit der Befragung, im Bezug auf die Regierungsgeschäfte, durch den Bundestag, beispielweise durch eine große Anfrage. Als Regierungschef bestimmt er über die Richtlinien der Politik, zumindest per Verfassungsnorm, in der Verfassungsrealität muss er die Forderungen der Regierungsparteien mit berücksichtigen, das wird die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers genannt. Ähnlich ist es mit der Stellung des eigenen Stellvertreters, dem Vizekanzler. Die Auswahl von diesen steht zwar dem Bundeskanzler per Verfassung frei, jedoch kommt dieser in der Regel, vom Koalitionspartner. Beim Verhältnis zwischen dem Bundeskanzler und den Bundesministern greift die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers auch, jedoch spielt das Ressortprinzip eine Rolle. Der Bundeskanzler gibt zwar, als Regierungschef der BRD, Richtlinien für das Handeln der Bundesminister vor (Richtlinienprinzip), diese haben dann aber die Freiheit diese Richtlinien selbst auszugestalten (Ressortprinzip), entscheidend also innerhalb der Richtlinien frei über ihr Regierungshandeln. Der Bundeskanzler hat, nach dem Vorgeben der Richtlinien, lediglich die Aufgabe, bei Uneinigkeiten zwischen Ministerien, in Themen die beide Betreffen, zu entscheiden. Im Verteidigungsfall verfügt der Bundeskanzler über die Streikkräfte der BRD.³⁰

3.4.2 Die Bundesminister

²⁹

https://www.bundestag.de/resource/blob/196202/ee30d500ea94ebf8146d0ed7b12a8972/Kapitel_10_01_Statistik_zur_Gesetzgebung-data.pdf (24.5.2020)

³⁰ https://www.bundestag.de/resource/blob/196202/ee30d500ea94ebf8146d0ed7b12a8972/Kapitel_10_01_Statistik_zur_Gesetzgebung-data.pdf (25.5.2020)

So wie der Bundeskanzler das Regierungsoberhaupt ist, sind die Bundesminister die Regierungsoberhaupt für ihr jeweiliges Ressort. Sie verfügen über ihr Ministerium, innerhalb der vom Bundeskanzler vorgegebenen Richtlinien. Die Bundesministerien sind der Grund für den großen Anteil der Bundesregierung an den, in den Bundestag eingebrachten, Gesetzen.³¹

3.4.2.1 Die Struktur

Eine Erklärung für diesen hohen Anteil bietet die große Anzahl an Mitarbeitern, die für ein Bundesministerium eingestellt sind. Dieser überschreitet die Anzahl an Abgeordneten im Bundestag um Weiten.³² Die Mitarbeiter eines Bundesministeriums sind dabei in drei unterschiedliche Beschäftigungsformen geteilt; Das öffentlich-rechtliche Amtsverhältnis, politische Beamten und höheren und gehobeneren Dienst.³³ Alleine diese vielfältigen Anstellungsformen, von Amtsverhältnis bis Beamter, zeigt, die Größenordnung der Bundesministerien, mit ihren ca. 17.000 Angestellten.³⁴ An der Spitze steht natürlich der Bundesminister, unter ihm dann die Staatssekretäre, die unterschiedliche Fachabteilungen Verwalten, die wiederum in Unterabteilungen und Referate unterteilt sind.³⁵ Diese Strukturen sind hierarchisch, mit klaren einzelnen höher gestellten Personal und Ämtern.

3.4.2.2 verpflichtende Ministerien

Grundsätzlich steht es dem Bundeskanzler frei, sich für Ministerien zu entscheiden, die er wiederum vom Bundestag absegnen lassen muss, jedoch sind drei Ministerien im Grundgesetz vorgeschrieben: Das Ministerium für Verteidigung, das Ministerium für Justiz und das Ministerium für Finanzen. Diesen drei Ministerien sind auch per Verfassung besondere Aufgaben zugeteilt. Das Verteidigungsministerium, da der Verteidigungsminister, außerhalb des Verteidigungsfalls, die Befehlsgewalt über die Bundeswehr ausübt, das Bundesministerium für Finanzen, da es den Vollzug der Haushaltspläne überprüft, über außerplanmäßige Ausgaben und Überschreitungen des Haushaltansatzes

³¹

https://www.bundestag.de/resource/blob/196202/ee30d500ea94ebf8146d0ed7b12a8972/Kapitel_10_01_Statistik_zur_Gesetzgebung-data.pdf (24.5.2020)

³² <https://www.tatsachen-ueber-deutschland.de/de/politik-deutschland/bundesregierung> (25.5.2020)

³³ https://de.wikipedia.org/wiki/File%3ASchaubild_Muster-Bundesministerium.svg (25.5.2020)

³⁴ <https://www.tatsachen-ueber-deutschland.de/de/politik-deutschland/bundesregierung> (25.5.2020)

³⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/File%3ASchaubild_Muster-Bundesministerium.svg (25.5.2020)

entscheidet und das Bundesministerium für Justiz, da es überprüft ob die Gesetzesentwürfe der Bundesregierung mit dem Grundgesetz übereinstimmen, sind per Grundgesetz vorgegeben.³⁶

3.4.3 Fazit – Bundesregierung

Die Bundesregierung ist klar in den Kanzler, als übergeordneten Regierungschef, und die ihm zwar untergeordneten aber dennoch, innerhalb ihrer vorgegebenen Richtlinien, autonomen Minister, unterteilt. Für die ganze Regierung ist der Bundeskanzler, was die Bundesminister für ihre jeweiligen Ministerien sind. Die Bundesminister leiten als einzige vollberechtigte Person ihren Teil der exekutiven der BRD.

3.5 Das Bundesverfassungsgericht

Nach dem ich ihnen einen für einen Vergleich sinnvolles, vollständiges Verständnis über die ständigen legislativen und exekutiven Verfassungsorgane vermittelt habe, fehlt noch die Judikative, die Rechtssprechende, Gewalt. Diese wird auf Bundesebene, als das höchste Gericht der BRD, vom Bundesverfassungsgericht vollzogen. Das Bundesverfassungsgericht ist die letzte Instanz, damit sind seine Entscheidungen endgültig und auch für alle gültig, auch für die Gesetzgebung und für die Regierung. Dabei überprüft das Bundesverfassungsgericht die Einhaltung des Grundgesetzes, insbesondere der Grundrechte. Jeder kann eine Grundrechtsbeschwerde an das Bundesverfassungsgerecht stellen, jedoch werden viele, aufgrund von mangelnder Substanz, gleich abgewiesen. Der Bundestag kann das Bundesverfassungsgericht, zur Überprüfung von Normen, anrufen, also beauftragen. Das Bundesverfassungsgericht besteht aus 16 Richter, davon wird jeweils eine Hälfte vom Bundestag und Bundesrat gewählt. Es gibt einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten, die den Vorsitz des Gerichtes führen und damit hierarchisch als einzelne Person über die Menge der Richter stehen, wenn auch Urteile in der Gruppe ausdiskutiert und gefällt werden.

3.6 Fazit - BRD

Die BRD zeichnet sich durch seine verstrickten Verfassungsorgane aus. Alles kontrolliert, wählt und überprüft sich gegenseitig. Dabei ist die Form der Machtausübenden nach Verfassungsorgan sehr unterschiedlich. Teilweise gibt es einen Herrschenden, teilweise eine privilegierte Gruppe und alle Macht geht vom ganzen Volk aus, da die Elemente der direkten Demokratie nur eine

³⁶ [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Bundesminister_\(Deutschland\)](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Bundesminister_(Deutschland)) (25.5.2020)

untergeordnete Rolle, da sie nur sehr selten beansprucht werden, für das politische System spielt, sind diese zu vernachlässigen. Trotz dieser unterschiedlichen Machtausübungsformen, gibt es doch häufig vorkommende Schemen. Diese werde ich im nächsten Kapitel betrachten.

4. Einordnung der Verfassungsorgane in Ciceros Verfassungstheorie

Nachdem ich ein Verständnis von der BRD vermittelt habe gilt es jetzt das betrachtete Einzuordnen. Ich hoffe sie haben beim lesen bereits Parallelen in den Herrschaftsformen der BRD zu den von Cicero Beschriebenen festgestellt. Diese werde ich im Folgenden begründen und der jeweiligen Verfassungsform nach Cicero zuordnen. Ich betrachte dabei immer eine Verfassungsform und erläutere wo diese in der BRD wiederzufinden ist. Dort wo ich im Folgenden meine eigene, zitierte, Zusammenfassung, von Ciceros Verständnis von Verfassungsformen nutze, verzichte ich auf doppelte Textbelege, da ich mich auf meinen eigenen Text beziehe.

4.1 Die Volksherrschaft

Volksherrschaft, nach Cicero, im engeren Sinne ist die direkte Teilhabe des Bürgers an den politischen Entscheidungen im Staat. Das ist in der BRD nicht der Fall, da der Bundestag und der Bundesrat zwar vom Bürger gewählt wird, diese aber keine direkte Teilhabe des Bürgers an der Führung des Staates darstellt, sondern nur eine indirekte. Damit sind wir aber auch schon bei der großen Komponente der Volksherrschaft in der BRD: Der Grundsatz, dass alle Staatsgewalt durch die Bürger legitimiert wird. Alle staatlichen Organe sind entweder direkt vom Bürger gewählt (wie der Bundestag) oder von vom Bürger Gewählten gewählt. Dieser Zwischenschritt, ist dabei ähnlich in der römischen Republik vorhanden, wo die Wahlberechtigten auch nur indirekt an der Staatsführung teilhaben. Damit spricht dieser Grundsatz für die Mischverfassung, die Cicero in der römischen Republik erfüllt sieht. Die Möglichkeiten der direkten Demokratie, die nach dem genannten Kriterium i.d.R. nicht mal zur Volksherrschaft im engeren Sinne zählen würde, da diese trotzdem über die Parlamente abgewickelt wird, wird zudem auf Bundesebene kaum genutzt und besteht daher nur in der Verfassungsnorm aber nicht in der Verfassungswirklichkeit.³⁷

Ein Kriterium, dass Cicero für die Volksherrschaft nennt, ist aber durchaus erfüllt. Nämlich, dass jeder Bürger, der seinen Fähigkeiten nach in der Lage dazu ist, auch an der Führung des Staates teilhaben kann. Auch wenn das per Verfassungsnorm

³⁷ <https://m.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202013/direkte-demokratie> (25.5.2020)

so gegeben ist lohnt es sich der Verfassungswirklichkeit nachzugehen. Die Parlamente der BRD sind eben nicht rein nach Können besetzt. Einzelne Berufsstände sind häufiger vertreten und insgesamt ist das Durchschnittsvermögen der MdBs höher als das der restlichen Bevölkerung.³⁸ Damit besteht zwar die Möglichkeit für jeden aber in der Verfassungswirklichkeit ist es für manche leichter und für andere schwerer an der politischen Führung der BRD teilzuhaben.

4.2 Die Optimatenherrschaft

Für die Optimatenherrschaft lohnt es sich gleich weiter den Bundestag zu betrachten. Bei diesen handelt es sich um eine ausgewählte Gruppe, die an der Führung des Staates teilhat. Sie wird intensiv Parteiintern ausgewählt und von allen wahlberechtigten Bürgern gewählt. Der Bundestag ist damit eindeutig der Optimatenherrschaft zuordnungsbar.

Die Zusammensetzung des Bundestags ist aber nicht nur problematisch insofern, als dass nicht jeder Bürger da rein kommen kann, sondern der hohe Anteil an vermögenden und sozial Bessergestellten im Bundestag. Laut Cicero ist die Herrschaftsform die schlechteste in der die Reichsten für die besten gehalten werden, dass ist zwar nicht vollständig der Fall aber doch nah dran bei der BRD. Natürlich ist Reichtum nicht das einzige Kriterium um in den Bundestag zu kommen aber es steigert die Chancen enorm.

Ähnlich ist die Situation im Bundesrat, dort werden die Entsandten zwar nicht direkt von dem Bürger gewählt aber eben Regierungsparteiintern ausgewählt, dass birgt damit ähnliche Problematiken wie der Bundestag es tut. Nichts desto trotz ist gerade der Bundesrat ein gutes Beispiel für die Optimatenherrschaftskomponente in der BRD, da es sich nicht nur um eine ausgewählte Gruppe handelt, diese auch noch mehrfach ausgewählt wird (durch den Bürger auf Landesebene und durch die Partei für den Bundesrat).

Nach dem wir schon zwei Verfassungsorgane der Optimatenherrschaft zu geordnet haben fehlt nur noch ein drittes. Das Bundesverfassungsgericht. An diesem Verfassungsorgan sind 16 Richter vertreten. Diese werden i.d.R. nach Können ausgewählt – im Verfassungsgericht sitzen viele Professoren und gut ausgebildete Richter – aber manchmal spielen auch andere Faktoren, bei der Wahl durch den Bundestag und Bundesrat, eine Rolle, wie Repräsentation von Minderheiten. Aber dennoch lässt sich das Bundesverfassungsgericht, aufgrund

38

https://www.bundestag.de/resource/blob/272486/3b2d6884acf389dd8a8d62fa38c24664/Kapitel_03_13_Parlamentssoziologie_Bibliografie-pdf-data.pdf (28.5.2020)

seines Charakters als ausgewählte Gruppe von Menschen, die ihr Verständnis des Grundgesetzes anwenden dürfen, der Optimatenherrschaft zu ordnen.

4.3 Die Königsherrschaft

Bleiben wir gleich bei den Bundesverfassungsgericht, stellen wir fest, dass zwar die Basis der Richter der Optimatenherrschaft entspricht aber es auch an die Königsherrschaft erinnernde Strukturen gibt, wie die Präsidenten und Vizepräsidenten des BvFG. Diese stehen als einzelne Personen – dabei jeweils einzeln, wobei Cicero die zwei Konsule auch als Königsherrschaft deklarierte – über den anderen Richtern und sind daher ein Teil der Königsherrschaft. Derart Strukturen lassen sich noch öfters in der BRD wiederfinden.

Ein weiteres Beispiel dafür ist die Bundesregierung. Erst mal ist der Bundeskanzler Ausdruck der Königsherrschaft. Er ist als einzelner Chef der Executive in der BRD und damit eindeutig zuordnungsbar. Ähnlich ist es mit den Ministerpräsidenten, diese sind zwar dem Bundeskanzler untergeordnet üben aber innerhalb ihres Ressorts auch die alleinige Führung über die Exekutive ihres Teilbereiches aus. Doch zwei Aspekte sind dabei zu beachten: Das Richtlinienprinzip, womit der Bundeskanzler den Bundesministern einen Rahmen setzt, und der Konfliktfall. Wenn es zu einem Konflikt zwischen zwei Bundesministern kommt hat der Bundeskanzler das Recht über den zu entscheiden. Dies ist aber nur der Fall, wenn zwei Ressorts sich in einem Aspekt zuständig fühlen. Dennoch zeigt es, dass der königsherrschaftliche Charakter stärker in dem Bundeskanzler repräsentiert ist, dennoch weisen Bundesminister auch Eigenschaften der Königsherrschaft auf.

Doch das geläufigste Beispiel der Königsherrschaft liegt nicht eindeutig in einer Gewalt. Es ist das Staatsoberhaupt: Der Bundespräsident. Dieser ist in seinem Handeln besonders frei und übt eine übergeordnete Funktion aus. Er steht an der Spitze der BRD und muss und kann fast alles politische Handeln in der BRD legitimieren. Die völkerrechtlichen und absegnenden Aufgaben des Bundespräsidenten belegen auch seinem der Königsherrschaft ähnelnden Charakter. Außerdem lässt sich der väterliche Charakter nach Cicero wiederfinden, der sich darin äußert, dass der Bundespräsident in Reden die Bürger adressiert und versucht konstruktive Diskurse zu schaffen und den Bürgern Inhalte nahezu legen.

4.4 Die Mischverfassung – ein Fazit

Der ideale Verfassungstypus ist laut Cicero die Mischverfassung. Es ist eine Verfassungsform die besonders stabil und anhaltend ist. Grund dafür ist, dass von

jeder vorm der Herrschaft Aspekte in ihr Vorhanden seien sollen. Genauso ist das in der Bundesrepublik Deutschland.

Sowohl die Verfassungsorgane selbst als ganzes als auch die inneren Strukturen in diesen weisen viele Merkmale unterschiedlicher Herrschaftsformen nach Cicero auf. Vieles lässt sich nicht eindeutig einer Herrschaftsform, als ganzes Organ, zuordnen und muss daher genau betrachtet werden. Dabei fällt die Vielschichtigkeit sofort auf. Die Bundesrepublik beinhaltet dabei vor allem Aspekte der Optimatenherrschaft auf, da das Parlament in einer parlamentarischen Demokratie eben genau der Optimatenherrschaft nach Ciceros Verständnis, welche er als ausgewählte Gruppe definierte, entspricht.

Doch auch die Volksherrschaft ist durch den Grundsatz des Grundgesetzes, dass alle Macht vom Bürger ausgehen soll, erfüllt. Dabei handelt es sich nicht um eine vollständige - nach Cicero - Volksherrschaft, da die Bürger nur delegieren dürfen aber nicht selbst entscheiden. Da dieser Aspekt der BRD ähnlich dem der römischen Republik ist, in welcher Cicero die Wahlen durch die Bürger als Volksherrschaft definiert, hätte Cicero wohl das gleiche über die BRD gesagt. Ein großer Kritikpunkt Ciceros fußt auch in der BRD, der Umstand, dass mehr reiche Menschen im Bundestag sitzen. Gegen diese Bezeichnung der Reichen als „die besten“ sträubt sich Cicero.

Da die Verfassungsorgane der BRD nicht nur durch das Volk gewählt und durch eine Gruppe geführt werden finden sich auch Aspekte der Königsherrschaft wieder. Der Bundespräsident, da er die BRD völkerrechtlich repräsentiert und eine väterliche Rolle erfüllt, passt optimal in das Bild der Königsherrschaft in der Mischverfassung nach Cicero. Nicht ganz so eindeutig ist es bei dem Bundeskanzler, dieser ist zwar der Führer der Exekutiven aber gibt - per Ressortprinzip - auch Kompetenzen an die Bundesminister ab. Da er aber auch die Richtlinien repräsentiert der Bundeskanzler die Königsherrschaft in der BRD. Schwieriger ist es die Bundesminister eindeutig einzuordnen. Ich halte die Betrachtung als „kleine Königsherrschaft“ am besten. Sie entsprechen nicht dem Bundeskanzler aber innerhalb ihres Ressorts haben sie durchaus ausgiebige Freiheiten und stehen als einzelne Person an der Spitze ihres Ressorts. Spannend ist der Aspekt der Königsherrschaft in dem BvfG. Dort stehen zwei, regelmäßig Wechselnde, Richter an der Spitze der insgesamt 16 Richter. Das zeigt, dass dieser milde Aspekt der Königsherrschaft auch in den Verfassungsorganen selbst, wenn die Gruppe auch noch so klein ist, zu finden sind.

5 Fazit

Die Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland lassen sich keiner Herrschaftsform alleine zuordnen. Sie sind viel mehr Ciceros ideal der Mischverfassung zu zuordnen. Die BRD weist Aspekte von allen Herrschaftsformen auf und vermischt sie, damit würde Cicero sie als Mischverfassung bezeichnen. Diese für Cicero besonders langlebige und robuste Verfassungsform spiegelt sich in der BRD wider. Das zu erklären bedarf einen historischen Rückblick. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes – schockiert von dem Hitlerfaschismus – wollten ein besonders solides und gewaltenteiltes System in dem egal was passiert die rechtstaatliche Ordnung und die Menschenwürde anerkannt bleibt. Ciceros Mischverfassung weist Aspekte der Gewaltenteilung auf, damit war er seiner Zeit voraus und konnte daher auch so aktuell die BRD beschreiben. Der große, leider in einer parlamentarischen Demokratie übliche, Kritikpunkt die häufigere Wahl von reichen in Parlamenten, dass missbilligt Cicero ausdrücklich.

Doch dieses Problem betrifft nur einen Aspekt der Herrschaft in der Mischverfassung, damit ist die BRD eindeutig eine Mischverfassung nach Cicero.

Literaturverzeichnis:

Buchquellen:

von Albrecht, Michael: De re publica. Vom Staat, Stuttgart 2013.

Dieter, Umbach: Grundgesetz. Mitarbeiterkommentar, Heidelberg 2002.

Ottmann, Henning: Geschichte des politischen Denkens. Die Römer, Stuttgart 2002.

Internetquellen:

<https://m.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-in-einfacher-sprache/250071/verfassungsorgane> (22.5.2020)

<https://m.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/69088/deutsche-bundespraesidenten> (24.5.2020)

<https://m.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202013/direkte-demokratie> (25.5.2020)

<https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/kanzleramt/aufgaben-der-bundeskanzlerin> (25.5.2020)

https://www.bundestag.de/services/glossar/glossar/K/kont_funk-245486 (22.5.2020)

https://www.bundestag.de/resource/blob/196202/ee30d500ea94ebf8146d0ed7b12a8972/Kapitel_10_01_Statistik_zur_Gesetzgebung-data.pdf (24.5.2020)

https://www.bundestag.de/resource/blob/196202/ee30d500ea94ebf8146d0ed7b12a8972/Kapitel_10_01_Statistik_zur_Gesetzgebung-data.pdf (24.5.2020)

https://www.bundestag.de/resource/blob/272486/3b2d6884acf389dd8a8d62fa38c24664/Kapitel_03_13_Parlamentssoziologie____Bibliografie-pdf-data.pdf (28.5.2020)

https://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/es20140610_2bve000209.html (24.5.2020)

https://www2.klett.de/sixcms/media.php/8/427010_s108_109.pdf (20.5.2020)

<https://www.sueddeutsche.de/politik/steinmeier-corona-pandemie-grundrechte-grundgesetz-verfassung-1.4914807> (24.5.2020)

<https://www.tagesschau.de/inland/gruene-bundesrat-101.html> (24.05.2020)

<https://www.tatsachen-ueber-deutschland.de/de/politik-deutschland/bundesregierung> (25.5.2020)

https://de.wikipedia.org/wiki/File%3ASchaubild_Muster-Bundesministerium.svg (25.5.2020)

<https://www.tatsachen-ueber-deutschland.de/de/politik-deutschland/bundesregierung> (25.5.2020)

https://de.wikipedia.org/wiki/File%3ASchaubild_Muster-Bundesministerium.svg (25.5.2020)

[https://de.m.wikipedia.org/wiki/Bundesminister_\(Deutschland\)](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Bundesminister_(Deutschland)) (25.5.2020)